

# Katastrophenhilfe oder Hilfskatastrophe?

VON NIKLAS REESE<sup>1</sup>

Der Tsunami gilt vielen als die erste wirkliche globale Naturkatastrophe. Er hat eine finanzielle Unterstützung und eine Woge des Mitgefühls ohnegleichen ausgelöst. In Deutschland sind mehr als 500 Millionen Euro gespendet worden. Die Bundesregierung hat schließlich ebenfalls 500 Millionen Euro zugesagt. Weltweit sind insgesamt 11,9 Milliarden Dollar an Spenden (fünf Mrd.) und Regierungszusagen (6,9 Mrd.) für die Flutopfer zusammengekommen. Für die übrigen Katastrophengebiete sind bis zum 30. April 2005 allerdings 40 Prozent weniger Spenden als sonst geflossen. Innerhalb der ersten sechs Wochen des Jahres wurde über den Tsunami mehr berichtet als über alle anderen Katastrophen über das gesamte Jahr 2004 verteilt zusammen.

So sehr das jüngst für Aceh vereinbarte Friedensabkommen zu begrüßen ist: Die Hilfsmaßnahmen selbst kommen nur schleppend voran und für die Überlebenden hat sich bislang wenig geändert. In Sri Lanka leben sechs Monate nach der Flut noch 80 Prozent der Betroffenen in Übergangsbehausungen (60 Prozent) oder bei Freunden und Verwandten (21 Prozent). 40 Prozent derjenigen, die durch die Flut ihre Arbeit verloren haben, haben weiterhin kein Einkommen. Der Hauptgrund: Es fehlt an der nötigen Ausstattung mit Produktionsmitteln und Material. Der Wiederaufbau gehe viel zu langsam voran, beklagt auch der Nothilfekordinator der UNO, Jan Egeland. Und das, obwohl viele Helferinnen weiterhin rund um die Uhr im Einsatz sind. Zum Teil ist diese Unzufriedenheit auf unrealistische Erwartungen zurückzuführen. Schließlich geht es nicht nur um die Beseitigung der Flutschäden. Viele Lehrerinnen, Verwaltungsangestellte, Kleinunternehmerinnen oder Ärzte sind

ums Leben gekommen, zahllose Überlebende schwer traumatisiert. Wiederaufbau bedeutet auch, neue Fachkräfte zu bekommen und gesellschaftliche Strukturen wieder aufzubauen. Der Wiederaufbau könnte nach Schätzungen der Vereinten Nationen noch bis zu zehn Jahren dauern.

## Wiederaufbau – aber für wen?

Die Entscheidungen in Nothilfe und Wiederaufbau wurden größtenteils über die Köpfe der betroffenen Gruppen hinweg getroffen. „Ob es nun die höherkastigen Gruppen in Indien sind oder das Militär beziehungsweise die bewaffneten Gruppen in Indonesien und Sri Lanka“, so Brad Adams, der Asienverantwortliche von Human Rights Watch, „die Mächtigen haben versucht, ihren Vorteil aus dem Gerangel um den Wiederaufbau zu ziehen – auf Kosten der Grundrechte der Gruppen ohne Sicherheiten“. <sup>2</sup> Berichte über Korruption, die Instrumentalisierung der Hilfe durch Politik und Militär und eine mangelnde Koordination der Hilfe kommen aus allen Flutregionen.

Wie in Thailand und in Indonesien, hat auch die Regierung von Sri Lanka in unmittelbarer Nähe zum Meer ein Bauverbot erlassen. In allen Ländern erhärten sich die Fakten, die dafür sprechen, dass die Regierungen die Küstenstreifen eher räumen wollen, um sie ‚wirtschaftlich nutzbar‘ zu machen. In Sri Lanka wollte die Regierung schon lange dort noch mehr Touristenanlagen ansiedeln. Dafür hat sich auch die Welttourismusorganisation nach dem Tsunami im Blick auf die Nutzung der zerstörten Küstenstreifen ausgesprochen. Hotels sind daher vom Bauverbot an der Küste ausgenommen. An den Stränden Südthailands

haben sich Immobilienfirmen Land unter den Nagel gerissen. Schlägertypen schrecken die zurückkehrenden Bewohner ab.

Das Netzwerk Bewegung für eine nationale Land- und Landwirtschaftsreform (*Movement for National Land and Agricultural Reform*, MONLAR) hat dem Europäischen Parlament einen Bericht übergeben, in dem es detailliert dokumentiert, wie die Regierung von Sri Lanka und ihr nahestehende Wirtschaftskreise – animiert von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und Weltbank – die ‚Gunst der Stunde‘ nutzen. <sup>3</sup> Unter dem Deckmantel von Nothilfe und Wiederaufbau wollen sie endlich lange geplante neoliberale Modernisierungsprogramme umsetzen, die bislang auf erbitterten Widerstand stießen. Im Wiederaufbauplan tauchen neben dem Ausbau der Tourismusindustrie auch eine umstrittene Autobahn und mehrere Tiefseehäfen wieder auf. Sie wären allesamt tauglich für die großen Fischtrawler ausländischer Schiffslinien, und so musste ihr Bau nach Protesten der lokalen Bevölkerung, die fürchtete, von der ausländischen Konkurrenz an den Rand gedrängt zu werden, nach der Geberkonferenz von Tokio 2003 aufs Eis gelegt werden. In den Arbeitsstab TAFREN, der für die Wiederaufbauplanungen zuständig ist, wurden nur Regierungsbeamte, Unternehmer und der Präsidentin Nahestehende berufen. Acht der zehn Mitglieder haben geschäftliche Interessen im Tourismusbereich.

## Finanzinstitutionen fördern Privatisierungsvorhaben

Die ADB erklärte, die Kredite für eine Verbesserung der Wasserversorgung könnten von Sri Lanka nur abgerufen

<sup>1</sup> Niklas Reese leitet das Projekt Tsunami-Watch des Asienhauses. Weitere Hintergründe finden sich unter der Sonder-Website <http://www.asienhaus.de/flut>.

<sup>2</sup> Siehe auch: <http://www.hrw.org/english/docs/2005/05/10/india11024.htm>

<sup>3</sup> [http://www.geocities.com/monlardocuments/documents/tsunami/monlar\\_submission\\_to\\_ep\\_on\\_tsunami.doc](http://www.geocities.com/monlardocuments/documents/tsunami/monlar_submission_to_ep_on_tsunami.doc)

werden, wenn an der Privatisierung der Wasserversorgung festgehalten werde. Und die Weltbank ‚empfiehlt‘, bei der Wiederinstandsetzung öffentlicher Infrastruktur wie Straßen und Schulen auch an eine Privatisierung zu denken, da die Bautätigkeiten „die öffentlichen Finanzen zu sehr belasten könnten“.

Beim Hilfsgipfel für Aceh im Januar 2005 wurde verabredet, dass private Investitionen in die Strom- und Wasserversorgung, den Straßenbau und den Telekommunikationssektor zugelassen werden sollen, was einer Privatisierung gleichkäme.

Die Bedarfsermittlung (*need assessment plan*) der Weltbank für Südindien konzentriert sich auf die Entwicklung einer Fischfangindustrie und den Ausbau von Garnelenzucht und Aquakultur, während die traditionelle Fischerei, Einkommensquelle der meisten Betroffenen, kaum Erwähnung findet. Auch wenn Teile des Indischen Ozeans bereits als überfischt gelten, will die Weltbank Trainingsprogramme für eine „nachhaltigere Ausbeutung der Resource“ ins Leben rufen.<sup>4</sup>

Das alles hat schlechte Tradition. Shalmali Guttal vom Forschungsinstitut *Focus on the Global South* aus Bangkok hat in einer wegweisenden Analyse nachgezeichnet, wie ‚uneigennützig‘ Wiederaufbaumaßnahmen in den letzten beiden Jahrzehnten weltweit immer auch Strukturanpassungsmaßnahmen gewesen sind, die dazu dienten, die Krisenregionen stärker in die neoliberale Weltwirtschaft einzubinden.<sup>5</sup>

Hier fügt sich auch das großspurige „Schuldeninitiative“ genannte Angebot des Pariser Clubs an die Flutländer ein, ihren Schuldendienst bis Ende 2005 auszusetzen – nicht aber: die Schulden

zu streichen. Nur Sri Lanka, die Seychellen und Indonesien haben das Angebot akzeptiert. Indonesien etwa zahlt jährlich an Deutschland alleine 70 Millionen Euro Zinsen und schuldet alleine Deutschland 1,5 Milliarden Euro. Thailand, Malaysia und Indien haben dieses Moratorium abgelehnt. Sie fürchteten um ihre Kreditwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten.

Auch geostrategische Interessen spielen eine große Rolle für das staatliche Engagement aus dem Norden. Deutschland hofft(e) auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat und wollte Weltverantwortung beweisen. Für die USA ergab sich nach dem Tsunami die Gelegenheit, durch ein sichtbares Engagement in Asien gegenüber China Boden gut zu machen, und vor allem die Beziehungen zu Indonesien, dem Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt, zu verbessern. So kann man in der islamischen Welt Sympathiepunkte einheimsen und Abu Ghraib in Vergessenheit geraten lassen.

### Geostrategische Interessen

Hatten vor dem Tsunami noch 70 Prozent der Indonesier ein negatives Bild von den USA und hielten sie für gefährlicher als Al Quaida, so haben nun 80 Prozent erklärt, dass die USA ihnen sympathisch seien.<sup>6</sup> Balsam für die amerikanische Seele im Blick auf das Desaster im Irak – und Vorbild für die in Washington geplante Neujustierung der Sicherheitspolitik. Man wolle stärker als zuvor andere Staaten „ermuntern“, die USA zu unterstützen, heißt es in einem im Juli 2005 erschienenen Konzeptpapier. Das federführende Pentagon räumt erstmals offen ein, der Konflikt sei nicht mit militärischen Mitteln allein zu gewinnen. „Wiederaufbau muss als ebenso wichtige

Mission für Amerikas Sicherheit verstanden und behandelt werden wie Kampfeinsätze hoher Intensität.“<sup>7</sup>

In Indien dienten das Patriarchat, ethnische Diskriminierung und Kastengesellschaft in Not und Hilflosigkeit als ‚Rettungsanker‘. In Tamil Nadu, dem Bundesstaat, der am stärksten vom Tsunami betroffen wurde, sind Dalitgemeinden („Kastenlose“) bei den Hilfslieferungen immer wieder übergangen und Dalits von Flüchtlingslagern ausgeschlossen worden. Wo Gruppen oder Einzelpersonen ihnen helfen wollten, wurden sie von Gruppen aus den höheren Kasten – etwa von Fischern – daran gehindert. Ältere Menschen kommen traditionell als ‚gefährdete Gruppe‘ nicht in den Blick, werden von Hilfsmaßnahmen nicht speziell adressiert und teilweise sogar noch mehr diskriminiert. Burmesische Migranten in Südthailand ohne Aufenthaltsgenehmigung sollten ursprünglich abgeschoben werden. Fluthilfe hatten sie keine erhalten, stattdessen wurden sie in den Medien kollektiv als Plünderer diffamiert.

Keine dieser Menschenrechtsverletzungen ist ein neues Phänomen, so die regionale Menschenrechtsorganisation *Forum Asia*. Sie reflektieren die bestehenden ökonomischen, sozialen und geschlechtsspezifischen Diskriminierungsstrukturen in den jeweiligen Gesellschaften. Der Zusammenbruch der bestehenden Strukturen habe diese Diskriminierung bloß anwachsen lassen und sichtbar gemacht.<sup>8</sup>

Zivilgesellschaftliche Gruppen aus der Region beklagen, dass das viele Geld, das in den Wiederaufbau fließen soll (und muss), auf diese Weise nicht die langfristigen Probleme in der Region

4 <http://www.samarmagazine.org/archive/article.php?id=189>

5 Guttal, Shalmali: Reconstruction: an emerging paradigm – siehe unter: <http://www.focusweb.org/main/html/Article591.html>

6 <http://www.terrorfreetomorrow.org/article.php?id=42>

7 IPS, 27.7.2005 – unter <http://www.ipsnews.net/news.asp?idnews=29677>

8 Siehe ausführlich dazu: [http://www.forumasia.org/activities/tsunami/Docs/Tsunami\\_Report\\_final.doc](http://www.forumasia.org/activities/tsunami/Docs/Tsunami_Report_final.doc)

lösen werde. Auch wenn die Not- und Wiederaufbaumaßnahmen den Status Quo wieder herstellen sollten: Wenn nicht Probleme wie Armut, Konflikte oder Landstreitigkeiten mit in den Blick genommen werden, ist für die betroffenen Menschen und Orte langfristig wenig gewonnen.

### Symbolische Sozialpolitik

Eine solche ‚Katastrophenhilfe‘ bildet die mittlerweile gängige, symbolische Sozialpolitik ab: Armut wird nicht länger in den Kontext ihrer strukturellen Ursachen gestellt, man propagiert ein Konzept von Armutsbekämpfung, das von makroökonomischen Prozessen und Machtfragen, von sozialer Ungleichheit, Unsicherheit und einer ungerechten Verteilung von Ressourcen entkoppelt ist. Der Tsunami hatte zwar eine natürliche Ursache, sozial und politisch ungleiche Strukturen vor Ort, Tourismus, Garnelenzuchtfarmen sowie

eine sozial blinde und nicht naturverträgliche Entwicklungspolitik haben jedoch maßgeblich dazu beigetragen, dass so viele Menschen sterben mussten und es zu einem solchen Ausmaß an Verwüstung gekommen ist. Mangrovenwälder, Küstendünen, Korallenriffe und Seegrasgebiete wurden vorher bereits zerstört oder soweit geschädigt, dass die Flutwellen mit nahezu voller Wucht in die menschlichen Siedlungen hineinbrechen konnten.

Die Regierungen der Regionen haben in der Vergangenheit ihre Entwicklungsstrategie an der Idee westlicher Modernisierung orientiert, und das heißt seit langem: Weltmarktorientierung. Palmöl, Shrimps und weiße Strände verkaufen sich gut auf den Märkten des Westens. Daher wurde ihre möglichst billige Her- und Bereitstellung für den westlichen Markt auch von Weltbank, IWF und durch bilaterale Entwicklungsabkommen forciert, vor

allem im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme. Die Zerstörung, die weltweit durch fortgesetzte Untätigkeit in Bezug auf Schulden, Entwicklungshilfe und Handel verursacht wird, ging ungebremst weiter.

„Die Welt“, so Thomas Gebauer von medico international, „leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die Hilfe in einem immer größer werdenden Maße notwendig machen.“<sup>9</sup> Und an anderer Stelle bemerkt Gebauer: „Gerade die Dramatisierung einzelner scheinbar unabwendbarer Schrecken befreit von der Scham, dass millionenfache Flucht, Krankheit und Hunger gemessen am Entwicklungsstand der Welt durchaus vermeidbar wären. Im wohlhabenden Teil der Welt wächst die Tendenz, Mitleid und Nächstenliebe an besondere Situationen zu binden, um damit ihr Nichtvorhandensein im täglichen Leben zu legitimieren und für normal zu erklären.“<sup>10</sup>

9 [http://www.medico-international.de/projekte/nothilfe/droht\\_nach\\_der\\_flut.asp](http://www.medico-international.de/projekte/nothilfe/droht_nach_der_flut.asp)

10 <http://www.medico-international.de/projekte/nothilfe/rettung.asp>